

SVP-Basis stimmt zwei Mal gegen den Parteivorstand

- 24.05.2023
- Schaffhauser Nachrichten
- Dario Muffler

SVP-Basis stimmt zwei Mal gegen den Parteivorstand Die grösste Partei des Kantons Schaffhausen ringt um ihre Ausrichtung. In manchen Fragen herrscht Einigkeit, in anderen klaffen Gräben innerhalb der Partei. Es geht auch um den Stadt- Land- Graben. Dario Muffler SCHAFFHAUSEN. Dass die SVP Schaffhausen die wählerstärkste Partei im Kanton ist, hat nicht nur Vorteile.

Die Partei muss aufgrund ihrer politischen Themen (Asylpolitik, Autolobby), ihrer historischen Herkunft (Landwirtschaft) und der Struktur des Kantons (wirtschaftlich dominierende Stadt, grosser ländlicher Bevölkerungsanteil) viele Ansichten abdecken. So wird der Kantonalvorstand auch mal von der eigenen Basis überstimmt. Wie an der Delegiertenversammlung diese Woche im «Schützenhaus» in Schaffhausen. Es ging um Repräsentation und Freiheit. Bevor es inhaltlich wurde, mussten sich Parteipräsidentin Andrea Müller und der Vorstand eine Rüge anhören.

Peter Werner, Kantonsrat und Revisor der Partei, kritisierte die Ausgaben für das letzte Weihnachtessen. «Es wurde mit Parteigeldern städtische Wirtschaftsförderung betrieben», sagte er und sprach von übertriebenen Kosten für Gäbeli und anderes. 1800 Franken seien eine «absolute Frechheit». Sang- und klanglos ging die Kritik in der Menge unter, welche die Rechnung einstimmig absegnete. Diese weist übrigens Ausgaben von 73000 Franken für den Wahlkampf um die National- und Ständeratssitze aus.

Das Land fühlt sich untervertreten Alles andere als eindeutig verlief die Änderung der Statuten. Pentti Aellig, Kantonsrat und Gemeindepräsident von Dörflingen, stellte den Antrag, dass der Kantonalvorstand ausgewogen besetzt werde. Aktuell dominiere die städtische SVP den Vorstand, obwohl ein grösserer Teil der Parteimitglieder vom Land sei. Konkret beträgt der Anteil aus dem Klettgau knapp 40 Prozent, aus der Stadt und aus dem Reiat je rund 20 Prozent. Mit acht Vertretern seien die Städter im Vorstand überrepräsentiert.

Aellig wollte deshalb, dass in den Statuten stehe, dass bei der Besetzung des Vorstandes die Mitgliederstärken der Wahlkreise beachtet werden. «Unsere Partei war immer dann erfolgreich, wenn Stadt und Land symmetrisch vertreten waren», so Aellig. Der Vorstand war nicht gänzlich abgeneigt. Doch Aelligs Formulierung ging ihnen zu weit. Dino Tamagni, Regierungsrat und bis letztes Jahr Finanzer der Kantonalpartei, sagte dazu: «Die Formulierung bietet viel zu wenig Flexibilität für den Vorstand und die Versammlung.

» Wenn die Partei nicht zufrieden sei mit der Auswahl des Vorstandes, könne sie diesen abwählen. Der städtische Finanzreferent Daniel Preisig unterstrich: «Noch wichtiger als ausgewogen zu sein, ist, jene arbeiten zu lassen, die das auch wirklich wollen.» Indes teilten mehrere Mitglieder Aelligs Anliegen. Nerio Tamagni brachte jedoch einen abgeschwächten Vorschlag für Aelligs Antrag ins Spiel, der sodann eine Mehrheit fand. Die Formulierung, eine ausgewogene Sitzverteilung sei «nach Möglichkeit umzusetzen», obsiegte schliesslich auch über den Vorstandsvorschlag.

Ein Blick in die Statuten anderer Schaffhauser Parteien zeigt: Nicht alle regeln dieses Thema so explizit wie die SVP. Bei den Grünen findet sich gar kein Hinweis darauf, bei der FDP heisst es, dass die Ortsparteien «angemessen zu berücksichtigen» seien. Konkreter als die SVP ist die SP: Aus jedem Wahlkreis muss eine Vertretung im Vorstand sein. Vorstand unterliegt deutlich Die zweite Niederlage musste die SVP-Parteileitung bei der Parole zur Verlängerung des Covid-Gesetzes hinnehmen. Für die eidgenössische Abstimmung vom 18.

Juni beantragte Ständerat Hannes Germann für den Vorstand ein Ja, Michael Kahler von der Jungen SVP hingegen ein Nein. Er sprach von einer willkürlichen Verlängerung eines in weiten Teilen unnötigen Gesetzes. Seine Äusserungen erhielten viel Zuspruch. Germann räumte ein, dass es ein unschönes Gesetz, jedoch besser als Notrecht sei. Seine Argumentation verfiel nicht: 44 Mitglieder stimmten für eine Nein-Parole.

Zu den elf Ja-Stimmen gehörten etwa die Bundesvertreter sowie die beiden Regierungsräte. Einigkeit herrschte beim Klimaschutzgesetz, das die SVP als «Stromfresser-Gesetz» betitelt. Nationalrat Thomas Hurter musste sich weniger kritischen Fragen stellen, sondern wurde mit bejahenden Aussagen zugedeckt. Ebenso deutlich war die Zustimmung zur Umsetzung der OECD-Mindeststeuerreform..